

NPD im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises

Stephan Meise

Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises

Wolperather Weg 16
53819 Neunk.-Seelscheid
tel.: 02208 / 922 433
Mobil: 0172 / 875 72 61
e-mail: St.Meise@web.de
www.npd-rhein-sieg.de

Niederkassel, 14.03.2013

Stellungnahme zur Einbringung des Haushalts 2013/2014

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst wünsche auch ich dem Kreiskämmerer, Herrn Ganseuer, herzlichst eine baldige Genesung. Seine klarsichtigen, schonungslosen Anmerkungen zur Einbringung des Haushalts fehlen schmerzlich.

Angesichts der Kosten und Risiken, die durch die immer weitergehende Auflösung der staatlichen Finanzhoheit Deutschlands und deren Überführung in die Zwangsjacke nicht demokratisch legitimierter europäischer „Rettungsschirme“, „Hebel“ und Garantiekonstruktionen entstehen – die SOFFIN z.B. geht laut einer Meldung der Tagesschau vom Dezember 2012 bereits von 25 Mrd. Euro Transferleistungen Deutschlands seit 2008 aus, die der Steuerzahler zu tragen hat –, ist der komplette Eigenkapitalverbrauch des Rhein-Sieg-Kreises in Höhe von 80 Mio. Euro geradezu eine Kleinigkeit.

Tatsächlich erscheint mir die Haushaltsdebatte beinahe unwirklich. Der Zeitraum von zwei Jahren lässt eine verlässliche Finanzplanung überhaupt nicht zu. Gerade sind erste Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst bekannt gegeben worden. Sollten ähnliche Abschlüsse, wir reden über mehr als 5% Erhöhung, auch für den Kreis bindend werden, dürfte die Personalkostenplanung völlig aus den Fugen geraten. Ähnlich dürfte es sich mit den Kosten für die Lebensmittelüberwachung und den Verbraucher-

schutz verhalten. Der Ansatz von 4,3 Mio. Euro pro Jahr dürfte sich durch die aktuellen, der globalisierten Lebensmittelfabrikation geschuldeten Skandale als viel zu niedrig herausstellen. Weder rumänisches Pferdefleisch, noch serbischer Futtermais konnten in den Planungen berücksichtigt werden. Es handelt sich dabei um Probleme, die übrigens bei der Umsetzung nationaldemokratischer Vorstellungen nicht hätten entstehen können. Bekanntlich präferieren wir regionale Landwirtschaftsstrukturen.

Ich möchte die Ablehnung des Haushaltsentwurfs begründen und an einigen Punkten deutlich machen, dass Ihre Finanzpolitik auch diesmal keineswegs alternativlos ist.

Als Kleinigkeiten am Rande möchte ich erwähnen, dass für die Erstellung eines Pressespiegels pro Jahr 19.500 Euro verbraucht werden. Mit Hilfe moderner Suchmaschinenfunktionen und der Verbreitung per Internet könnte man diese Kosten auf einen symbolischen Betrag drücken.

Komplett zu streichen sind die Beihilfen an die Jugendorganisationen der Parteien mit Fraktionsstatus in Höhe von 13.000 Euro pro Jahr. Einige von Ihnen werden sich sicherlich noch daran erinnern, dass erst nach einer Strafanzeige durch mich gegen die Grüne Jugend im Kreis wegen unrechtmäßiger Verwendung dieser Gelder eben diese zurückgezahlt werden mussten. Ein Dank des Landrats für die Rettung dieser Gelder steht noch aus.

Bereits die Anschaffung der Luxus-Bestuhlung des Kreistages war ja Gegenstand eines Berichts des Bundes der Steuerzahler. Das jedoch die turnusmäßige „Lederpflege der Stühle im Kreistagssaal“ mit 10.000 Euro veranschlagt wird, ist – nicht nur angesichts leerer Kassen – eine Unmöglichkeit! Ersatzlos gestrichen würden auch die 5.000 Euro für die Stelle des sog. „Neubürgerbeauftragten“, solange es sich lediglich um die Funktion einer Art „Grüßaugust“ für Einwanderer handelt. Gleiches gilt für die Position der nicht mal näher beschriebenen „Sonstigen Integrationsmaßnahmen“ in Höhe von 2.000 Euro.

Der Dauerbrenner unnützer Geldvernichtung ist auch diesmal wieder der – nach wie vor von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommene – „Rheinische Kunstpreis“ mit einer fürstlichen Apanage von 20.000 Euro. Die FDP-Fraktion hat da meine vollste Unterstützung. Sie hat ja auch diesmal wieder meinen alten diesbezüglichen Antrag neu gestellt. Ähnliches gilt für die Fraktionskosten, deren Reduzierung auch die FDP diesmal unterstützt. Für die NPD rege ich eine Halbierung dieses Haushaltsansatzes an. Hier verlassen wir dann den Bereich der Kleinigkeiten: Hier stehen, für mein Verständnis, jährlich 250.000 Euro zu viel im Plan. Weiterhin sind auch die stellvertretenden Landräte ein dauerndes Ärgernis. Dies betrifft sowohl die Anzahl, wie auch die Höhe der Aufwandsentschädigung. Leider werden diese Kosten im Entwurf nicht mehr separat ausgewiesen. Bei einer Beschränkung auf zwei Stellvertreter und einer Halbierung der Aufwandsentschädigung ist hier eine Einsparung von ca. 150.000 Euro möglich.

Anregen möchte ich das geplante Defizit der Gedenkstätte „Landjuden an der Sieg“ nicht weiter um 8.094 Euro auf über 152 Tausend Euro zu erhöhen. Erinnern möchte ich an die langfristige Planung dieses Punktes im letzten Entwurf für die Jahre 2011/12. Dort wurde der Ansatz sogar auf 139 Tausend Euro gesenkt. Stattdessen sollte der Besuch des Museums dem interessierten Publikum ein Eintrittsgeld in üblicher Höhe wert sein. Auch ist mir unverständlich, dass es offenbar keinerlei Spenden von Seiten der Besucher zu geben scheint. Hier kann mit ein wenig Initiative und gutem Willen die finanzielle Situation sogar verbessert werden!

Wie Sie wissen, unterscheiden wir Nationaldemokraten zwischen Volk und Bevölkerung. Daher ist es zutiefst bedauerlich, dass es nicht möglich ist, die tatsächlichen Kosten für die Integrationspolitik, die aus Sicht der Nationaldemokraten sowohl für die kulturelle und nationale Identität der Ausländer wie der Deutschen verhängnisvoll ist, aus dem Haushaltsplan zu ersehen. Über viele Jahre an den geschätzten Herrn Landrat gestellte Anfragen brachten keine Klärung. So war es nicht möglich

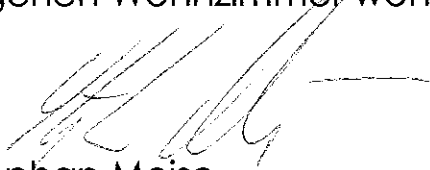
herauszufinden, welchen Anteil die ausländische Population, egal ob legal oder illegal im Land befindlich, als Asylant, Asylsuchender, Asylbetrüger, Migrant oder als „Bürger mit Migrationshintergrund oder mit mehreren Staatsbürgerschaften“, an den Kosten des Kreises ausmacht. So etwa bei den Kosten für Hilfen nach SGB II und XII. Doch dieses Versteckspiel beschränkt sich nicht auf diese großen Posten des Haushalts. Von der Ausrichtung eines Filmfestivals mit dem Titel „Nahaufnahme“ im November letzten Jahres, welches ausschließlich für „Migration und Integration“ durchgeführt wurde, lassen sich im damaligen Doppelhaushalt keine spezielle Angaben finden, noch wird etwa im Bereich Frauenhaus/häusliche Gewalt nach Nationalitäten gefragt, auch bei vielen anderen Kostenstellen ist dies so.

Das ist umso bedauerlicher, als in der Zusammenstellung, die dem Haushaltsentwurf vorgeheftet ist, der Hauptgrund für das strukturelle Defizit in diesen Bereichen gefunden wird. So für 2009: „Ursächlich für die Entstehung dieses Fehlbedarfs waren ... die Mehrbelastungen aus dem sozialen Bereich...“, für 2010 wird von „massiv steigenden Belastungen aus den sozialen Leistungen“ gesprochen und 2011/12 werden die „hohen und weiter steigenden Belastungen im Bereich der sozialen Leistungen“ beklagt. Diese Entwicklung sollte doch Grund genug sein genauer hinzuschauen. Nicht so im Rhein-Sieg-Kreis!

Eine der ganz wenigen Positionen, wo die Benennung von konkreten Kosten möglich ist, sind die Aufenthaltsregelungen, deren Unterdeckung von 2,993 Mio. Euro im Jahr 2012 auf 3,753 Mio. Euro im Jahr 2013 steigt. Darin enthalten ist z.B. auch die „Lieferung von Erlaubnissen durch die Bundesdruckerei“. Dieser Ansatz verzehnfacht sich innerhalb eines Jahres von 23.000 Euro auf 230.000 Euro! 37 Planstellen werden für diesen Bereich vorgehalten. Kosten, die z.B. in Antwerpen, nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch flämische Nationalisten in der Stadt, den Verursachern in Rechnung gestellt werden. Ausländer zahlen bei Meldeangelegenheiten jetzt den kostendeckenden, 15-fachen Betrag. Ich verweise hier auf die Berichterstattung der

Tagesschau. Im Gegensatz zur Lösung des Problems bei unseren Freunden in Flandern, werden wir hier im Kreis wohl auch noch die Kosten der Abschiebung eines türkischen Totschlägers zu tragen haben. Er versuchte im Bereich der Moschee Königswinter einen jungen Kurden aus Hass auf eine kurdische Fahne an einer Halskette zu erstechen. Ich verweise auf den Bericht im Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.11.2012.

Abschließend möchte ich den ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt (geb. Frahm) zitieren: „Wir wollen ein Volk von guten Nachbarn sein, nach Innen und nach Außen.“ Dem möchte ich nicht widersprechen, jedoch anmerken, dass auch Willy Brandt sicherlich Wert drauf legte, seine Nachbarn nicht auf Dauer im eigenen Wohnzimmer wohnen zu lassen.



Stephan Meise

Es gilt das gesprochene Wort